Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 6

Artikel: Die Auswirkungen der europäischen Integration auf die Bereiche Kultur und Medien in der Schweiz
Autor: Gyger, Walter B. / Koller, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164674

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Walter B. Gyger / Paul Koller

Die Auswirkungen der europäischen Integration auf die Bereiche Kultur und Medien in der Schweiz

Im Frühjahr 1988 setzte der Vorsteher des eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten eine «Groupe de réflexion» ein, um die Auswirkungen der europäischen Integration auf verschiedene Bereiche in der Schweiz zu untersuchen. Diese «Groupe de réflexion» arbeitete in mehreren Arbeitsgruppen und Untergruppen. Die Diskussionen in der Gruppe Kultur, die das Mandat besass, die Auswirkungen der europäischen Integration auf den Kulturbereich als Ganzes, also auch für die Sektoren Bildung / Ausbildung, Medien und Film, herauszuarbeiten, die wesentlichen Herausforderungen deutlich zu machen und verschiedene Verhaltensmöglichkeiten zur Diskussion zu stellen, bilden die Basis der nachfolgenden Ausführungen. Gewisse im Rahmen der Gruppe Kultur angestellte Überlegungen zum Thema Bildung / Ausbildung werden zusammen mit einem Text über die Auswirkungen der europäischen Integration auf die Bereiche Wissenschaft und Technologie in der Zeitschrift «Wissenschaftspolitik» veröffentlicht. Die nachfolgenden Ausführungen reflektieren lediglich die Meinung der Autoren.

Einleitung

«L'Europe ne se fera pas d'un coup, ni dans une construction d'ensemble: elle se fera par des réalisations concrètes, créant d'abord une solidarité de fait . . . Je n'ai jamais pensé qu'on pouvait changer la nature des hommes. Mais en modifiant le contexte dans lequel ils agissent, en leur donnant les mêmes règles, les mêmes institutions démocratiques, on peut les amener à se comporter différemment les uns vis-à-vis des autres.»

Jean Monnet

Jean Monnet, einer der «Väter» Europas, beschreibt als Zielvorstellung nicht ein Europa der Käufer und Verkäufer, keine Institution von «Eurokraten», sondern ein Europa der Solidarität und der Toleranz, der Vielfalt, der kulturellen und sprachlichen Interdependenz und der gemeinsamen Erneuerung. Der Weg zu diesem Europa mag lang sein. Eingedenk des von

Denis de Rougemont geschriebenen Satzes «l'Europe est d'abord une unité culturelle» kommt dem Kultursektor eine zentrale Bedeutung zu.

Die Schaffung des Binnenmarktes, das heisst der Freiverkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, gilt auch für Güter und Dienstleistungen des Kultursektors und für die dort tätigen Personen. Der so entstehende grosse Markt kann sich auf das schweizerische Kultur- und Medienschaffen anregend auswirken, er kann aber auch Wettbewerbsnachteile zur Folge haben.

In der langfristigen Planung der EG stellt der Binnenmarkt jedoch nur eine Etappe auf dem Weg zu einer «Europäischen Union» dar. Auch wenn dieses politische Fernziel in den nächsten Jahren noch kaum erreicht werden kann, muss es bereits heute in die Überlegungen einbezogen werden. Es manifestiert sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa im Programm «Europa der Bürger», das bezweckt, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gemeinschaftsangehörigen zu stärken und ihnen das Bewusstsein einer «europäischen Identität» zu vermitteln, mit der daraus resultierenden Gefahr einer Abgrenzung gegenüber Drittstaaten. Neben eher symbolischen Massnahmen (gemeinsame Fahne, Hymne, Reisepass usw.) setzt sich dieses Programm besonders aus Elementen in den Bereichen Kultur, Bildung und Ausbildung zusammen. Diese Aktivitäten der EG beeinflussen auch die Schweiz. Unser Land ist ein Teil der europäischen Kulturlandschaft, es gehört gleichzeitig drei europäischen Sprachgebieten an und wird von den Entwicklungen innerhalb dieser Kulturräume wesentlich mitgeprägt. Besonders im Medienbereich lassen sich überdies keine Grenzen mehr ziehen.

In eher indirekter Form beeinflusst die europäische Integration dazu die Stellung und die Möglichkeiten der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit. Westeuropa wird zunehmend mit der europäischen Gemeinschaft identifiziert. Nichtmitgliedstaaten haben demnach zunehmend Schwierigkeiten, ihre Anliegen auf internationaler Ebene zur Geltung zu bringen. Ferner lässt sich ein tendenziell abnehmendes Interesse der EG-Staaten an der Zusammenarbeit ausserhalb der Gemeinschaft feststellen, was die Stellung der europäischen Nichtmitgliedstaaten auf internationaler Ebene schwächen kann.

Die integrationspolitische Herausforderung muss allerdings in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden: Die zunehmende Interdependenz, die Beschleunigung des technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels sowie sektorspezifische Entwicklungen stellen für alle Industrieländer eine Herausforderung dar. Für die Schweiz ist die Situation jedoch insofern komplexer, als zu den sektorspezifischen Problemen die integrationspolitische Herausforderung dazukommt.

Kultur

Von der Binnenmarktproblematik her gesehen, präsentiert sich der «Europäische Kulturraum» als ein «Europäischer Kulturmarkt». Die Vertragswerke der EG erfassen nicht nur wirtschaftliche Tätigkeiten, sondern alle Tätigkeiten gegen Entgelt, gleichgültig ob sie wirtschaftlicher, sozialer oder eben kultureller Natur sind.

Die Kulturpolitik gehört aber nicht zu den unmittelbaren Kompetenzen der Gemeinschaft, und es wäre unzutreffend, von einer «EG-Kulturpolitik» zu sprechen. Trotzdem zeichnet sich eine verstärkte kulturelle Dimension der EG ab, die längerfristig sowohl auf eine begrenzte EG-Kulturinnenpolitik als auch auf eine ebenfalls begrenzte EG-Kulturaussenpolitik hinauslaufen könnte.

Die konkreten Kulturprogramme betreffen so unterschiedliche Bereiche wie audiovisuelle Werke, Medien, eine jährlich wechselnde Ernennung einer «Kulturstadt Europa», europäische Bildhauerwettbewerbe, Erhaltung des architektonischen Erbes, usw. Am 27. Mai 1988 haben sich die EG-Kulturminister auf vier Prioritätsbereiche für die nächsten Jahre geeinigt: Förderung des audiovisuellen Bereichs und des Buchbereichs, Aus- und Weiterbildung im Kulturbereich und Mäzenatentum. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten eingesetzt, was eine strukturelle Konsolidierung der EG im Kulturbereich darstellt.

Die EG ist somit im Kulturbereich präsent. Es besteht aber kein politischer Wille zu einem Kulturzentralismus. Eine «Eurokultur» ist nicht möglich und auch nicht erwünscht, vielmehr soll die kulturelle Vielfalt Europas respektiert und erhalten werden. Auch im Rahmen der EG ist man sich bewusst, dass der europäische Kulturraum umfassender ist als das Gemeinschaftsgebiet, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass der neugeschaffene Ausschuss die Möglichkeit hat, europäische Nichtmitgliedstaaten, z. B. die Schweiz, oder internationale Organisationen, namentlich den Europarat, zur Teilnahme an einzelnen Aktionen einzuladen.

Vom Standpunkt der Schweiz aus gesehen sind die westeuropäischen Kulturbeziehungen heute durchaus intakt. Es besteht in Europa ein fein gesponnenes Netz vielfältiger Kooperationsformen, in das öffentliche und private Stellen der Schweiz sehr gut integriert sind. Diese internationale Zusammenarbeit ist auf der Basis von sprachlichen und historischen Gemeinsamkeiten entstanden. Sie spielt sich auf bilateraler und multilateraler Ebene ab und funktioniert innerhalb von kleineren regionalen Strukturen wie auch im Rahmen europäischer oder weltweiter Organisationen (Europarat, KSZE, UNESCO). Die kulturelle Herausforderung der euro-

päischen Integration besteht für die Schweiz darin, dass die kulturellen Eigenaktivitäten der europäischen Gemeinschaft dieses westeuropäische Netz, das auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Freiwilligkeit und der Offenheit beruht, verzerren oder gar zerreissen könnten. In den Diskussionen über die Auswirkungen der europäischen Integration kommt dies kaum zum Ausdruck, stehen doch wirtschaftliche und politische Überlegungen eindeutig im Vordergrund. Die Frage stellt sich deshalb, ob der Kulturbereich und vor allem seine kreative Komponente Gefahr laufen, übergangen und vernachlässigt zu werden. Gleichzeitig wird das kulturelle Schaffen jedoch auch von politischen und wirtschaftlichen Faktoren mitgeprägt, die von Fragen der Meinungsäusserungsfreiheit und des sozialen Umfeldes bis hin zu Problemen des Sponsoring und der Spekulation mit Kunstwerken reichen. Dieses Wechselspiel zwischen konkret fassbaren Einflussfaktoren und kreativen Inspirationen, die sich einer verbalen Beschreibung entziehen, ist typisch für den Kulturbereich und muss in die Diskussion über die Auswirkungen der europäischen Integration miteinbezogen werden.

Eine europabewusste schweizerische Kulturpolitik könnte auf zwei Ziele ausgerichtet werden:

— Erhaltung und Stärkung der Rahmenbedingungen, welche das kreative Schaffen in der Schweiz begünstigen, wozu als historische Dimension die Kulturgütererhaltung und die Pflege des kulturellen Erbes kommt. Bezweckt wird dadurch die Wahrung der kulturellen Identität unseres Landes.

— Die Schaffung der Voraussetzungen für eine möglichst vielfältige und vielförmige internationale Zusammenarbeit auch im Kulturbereich, wobei nicht nur die zwischenstaatliche Kooperation im Auge behalten werden soll, sondern ständig daran gedacht werden muss, dass ein direkter Austausch auf Ebene der Kulturschaffenden und des Kulturschaffens am meisten bringt.

Innenpolitisch könnte die Schweiz auf die europäische Integration durch ein intensiveres Engagement des Bundes, der Kantone und der Gemeinden für die Kulturförderung reagieren. Das schweizerische Kulturleben ist aber durch sehr komplexe Strukturen gekennzeichnet. Dies stellt einerseits eine Bereicherung dar, anderseits kann es eine effiziente Reaktion auf die europäische Entwicklung erschweren. Man könnte sich deshalb fragen, ob es nicht angebracht wäre, staatliche Informations- und Koordinationsfunktionen auszubauen, die allerdings nicht in den individuell kreativen Bereich der Künstler und Künstlerinnen eingreifen dürfen. Doch auch für die Schaffung besserer Rahmenbedingungen zur Ermöglichung des freien Entfaltens des kreativen Schaffens braucht es zumindest

für den Bund eine verfassungsmässige Grundlage, was für die Aufnahme eines Kulturartikels in die Bundesverfassung spricht.

Die Schweiz als Teil des kulturellen Europa ist gerade als EG-Nichtmitglied darauf angewiesen, im Kulturbereich mit EG-Ländern zusammenzuarbeiten, um so der Gefahr eines bloss passiven Beeinflusstwerdens entgehen zu können. Eine Voraussetzung für diese aktive Teilnahme ist, dass die Schweiz im Ausland als Partner ernst genommen wird. Ähnlich wie im wirtschaftlichen Bereich dürfte es auch im Kulturbereich angezeigt sein, in erster Linie auf die Qualität des Kulturschaffens zu setzen. Diese Qualitätsförderung drängt sich nicht nur deshalb auf, weil der Kulturaustausch mit der Schweiz für ausländische Partner attraktiv bleiben muss, sondern auch, weil es mit einer weiteren Öffnung und einer Intensivierung des Dialogs für alle Staaten von zunehmender Bedeutung sein wird, ihre kulturelle Eigenständigkeit zu erhalten.

Dies trifft auch für die Schweiz zu. Zwar ist es nicht möglich, eine «schweizerische kulturelle Identität» genau zu definieren, dennoch scheint eine gewisse Angst vor einem zu grossen Anpassungsdruck zu bestehen.

Eine schweizerische Kulturpolitik, die sich den Herausforderungen der europäischen Integration stellen will, würde sich also gleichzeitig in drei verschiedenen Spannungsfeldern bewegen. Erstens muss das bestehende Kulturbeziehungsnetz Europas erhalten und weiter ausgebaut werden, wozu auch die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EG ausgeschöpft werden sollten. Zweitens muss der Staat die höheren Anforderungen, die an ihn gestellt werden, erfüllen, ohne in den kreativen Bereich der Kulturschaffenden einzugreifen. Drittens gilt es, zwischen der Intensivierung des internationalen Kulturaustausches und der Erhaltung unserer kulturellen Selbständigkeit ein Gleichgewicht zu finden.

Medien

Der Medienbereich ist durch enge Zusammenhänge zwischen kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und technologischen Faktoren charakterisiert. Nach der bei uns gängigen Auffassung haben die Medien in möglichst grosser Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Beeinflussungsversuchen gewisse Funktionen (Information; Meinungsbildung; kulturelle Entfaltung; Unterhaltung) im Dienste der Öffentlichkeit zu erbringen. Den Medien kommt deshalb eine staatspolitische Bedeutung zu.

Diese Grundauffassung, die in der Schweiz verfassungsmässig verankert ist und auch im übrigen Westeuropa Gültigkeit hat, verhindert indessen nicht, dass in den verschiedenen europäischen Staaten recht unterschied-

liche Mediensysteme bestehen. Durch die Liberalisierungsbemühungen der letzten Jahre im Bereich der elektronischen Medien, die in der Absicht erfolgten, die Angebotsvielfalt und mithin die Auswahlmöglichkeiten für das Publikum zu fördern, haben sich diese Diskrepanzen noch verstärkt. Zugleich sind — zum Teil berechtigt — Befürchtungen entstanden, dass die verstärkte Konkurrenzsituation tendenziell zu einer Kommerzialisierung der Medien führen und den Grundgedanken des öffentlichen Leistungsauftrags gefährden könnte.

Die rasante technologische Entwicklung im Bereich der Telekommunikation (Satellitenübertragung; Verkabelung) sowie die neuen Aufzeichnungstechniken (Video) und die neuen Medienformen (Spartenprogramme; Teletext usf.) bewirken ihrerseits nicht nur eine stark veränderte Empfangssituation für das Publikum, sondern auch eine entscheidende Internationalisierung des Medienbereichs. Diese setzt sich fort in der heute europaweit feststellbaren Bildung von transnationalen und multimedialen Grosskonzernen und in einer verstärkten Internationalisierung der Werbeindustrie. Von diesen Entwicklungen sind nicht nur die elektronischen, sondern ebenfalls die gedruckten Medien betroffen. Ausserdem gelten sie ebenso für die Medieninhalte (internationale Fernsehprogramme; «Eurofilm»; europäische Zeitschriften) wie auch für die Medienschaffenden, die sich dementsprechend vermehrt international betätigen. Gleichzeitig mit dieser Internationalisierung ist allerdings auch eine gegenläufige Bewegung festzustellen, nämlich eine verstärkte Regionalisierung der Medien.

Auswirkungen der europäischen Integration im Medienbereich

Das internationale Umfeld wird daher für die schweizerischen Medien zusehends wichtiger, und der laufende europäische Integrationsprozess wird zweifelsohne auch in diesem Bereich Auswirkungen auf unser Land haben:

— Die Freiheit des Personenverkehrs innerhalb der EG, an der die Schweiz nicht teilhat, dürfte dazu führen, dass schweizerische Medienschaffende vermehrt Schwierigkeiten haben werden, sich im umliegenden Ausland niederzulassen, Arbeitsbewilligungen zu erhalten und Ausbildungsstätten zu besuchen. Da der rege gegenseitige personelle Kontakt und Austausch mit dem Ausland eine wesentliche Bedingung für die Entfaltung der kulturellen Identität eines Landes darstellt, könnte dies mithin eine gewisse «Satellisierung» unseres Medienschaffens nach sich ziehen.

— Die möglichen Auswirkungen der Verwirklichung des freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs im EG-Raum auf die schweizerischen Medien sind zur Zeit schwieriger abzuschätzen. Einerseits ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des europaweit anerkannten Prinzips des «free flow of information» die Medienprodukte und -inhalte bereits heute weitgehend frei zirkulieren und die traditionelle sprachraumbezogene Zusammenarbeit zwischen den Medienunternehmen auch weiterhin von grossem gegenseitigem Interesse sein dürfte. Anderseits zielen die laufenden multilateralen Zusammenarbeitsbestrebungen (Europaratskonvention über das grenzüberschreitende Fernsehen) auf gesamteuropäische Lösungen. Gewisse Benachteiligungen für schweizerische Medienunternehmen sind dennoch aufgrund des entstehenden europäischen Kartellrechts (Einschränkung von Nicht-EG-Kapitalbeteiligungen) und im Werbebereich (EG-Werbenormen für Printmedien) denkbar.
  Vor allem wird aber die Bedeutung der Werbung als Finanzierungsquelle der Medien, unterstützt durch den Liberalisierungsdruck innerhalb der EG, europaweit noch ansteigen. Diese Entwicklung, die mit bedeutenden kulturellen und ästhetischen Konsequenzen insbesondere für die elektronischen Medien verbunden ist, wird auch einen beachtlichen Druck auf den relativ stark regulierten schweizerischen Medienmarkt ausüben und gewichtige Anpassungen erfordern. Dies trifft auch zu, wenn weiterhin an der Gebührenfinanzierung für die SRG festgehalten wird und europäische Regelungen die grössten Auswüchse verhindern können.

— Die Schaffung des Binnenmarktes wird ebenso bedeutende Auswirkungen auf die Telekommunikationsindustrie und damit auf den «hardware»-Bereich der elektronischen Medien haben. In dieser Beziehung dürfte schweizerischerseits im allgemeinen nur der Nachvollzug der innerhalb der EG entstehenden Normen (z. B. hochauflösendes Fernsehen) in Frage kommen.

Die Schweiz und die europäische Herausforderung

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess siedeln sich insgesamt im Spannungsfeld zwischen «Schutz der einheimischen Medien» und «notwendiger Öffnung gegen aussen» an. Nur durch die Erhaltung und Förderung einheimischer Medieninhalte wird die Willensnation Schweiz ihre spezifische Form der Demokratie und ihre kulturelle Identität längerfristig bewahren können. Auf der anderen Seite ist die Öffnung nach aussen nicht nur eine faktische,

sondern gerade auch eine kulturelle Notwendigkeit; Kreativität braucht Austausch und Integration. Eine Satellisierung der Schweiz auf dem Gebiet der Medien wäre ebenso gefährlich wie im engeren Bereich der Kultur.

Um einen Mittelweg zwischen diesen Grundoptionen beschreiten zu können, wird die Schweiz eine offensive Europapolitik führen müssen. Die Wahl nationaler, aber auch europrotektionistischer Lösungen wäre dabei allerdings fehl am Platz. Vielmehr drängt sich eine aktive nationale und die Beteiligung an der entstehenden europäischen Förderungspolitik im audiovisuellen Bereich auf. Ausserdem darf ob der Europaproblematik die übrige Welt nicht vergessen werden. Ein universeller Ansatz könnte den europäischen Anpassungsdruck sogar vermindern helfen.

Der SRG muss eine starke Stellung erhalten bleiben, um ihre nationale Integrationsfunktion weiter und noch besser wahrnehmen zu können. Wünschbar wäre auch eine verstärkte Medienpräsenz der Schweiz im europäischen und aussereuropäischen Ausland, was allerdings mit einem beachtlichen finanziellen Aufwand verbunden ist und zweifelsohne grössere Bundesbeiträge erfordern würde. Die Teilnahme der SRG an den Satellitenfernsehprogrammen 3-SAT und TV 5 stellt indessen einen kostengünstigen Anfang dar.

Die interne Mediengesetzgebung ist so liberal und anpassungsfähig auszugestalten, dass den Entwicklungen im umliegenden Ausland jederzeit Rechnung getragen werden kann. Den traditionellen, aber vor allem auch den neuen privaten Medienveranstaltern muss einigermassen Chancengleichheit im Verhältnis zu ihren ausländischen Konkurrenten geboten werden können.

Noch bestehende Hindernisse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf internationaler wie auch auf sprachregionaler und regionaler Ebene sind soweit wie möglich abzubauen, wobei allerdings darauf zu achten ist, dass keine zu einseitigen Abhängigkeiten vom Ausland entstehen.

Die staatliche multilaterale Zusammenarbeit im Medienbereich ist soweit wie möglich gesamteuropäisch voranzutreiben. Mit der parallelen Verabschiedung praktisch gleichlautender Rechtsinstrumente im Europarat und in der Europäischen Gemeinschaft (Konvention und Richtlinie über das grenzüberschreitende Fernsehen) ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung getan.

Hinsichtlich des Personenverkehrs dürften sich schliesslich Sonderlösungen für den Medienbereich aufdrängen. Ein möglichst freier Austausch mit dem umliegenden europäischen Ausland ist nicht zuletzt auch von grosser Bedeutung für eine gesunde Entwicklung der schweizerischen Medien.

Schlussfolgerungen

Auf die europäische Herausforderung gibt es auch in den Bereichen Kultur und Medien keine einfachen Antworten und Lösungen. Die EG-Problematik darf deshalb nicht zur Beitritts- oder Nichtbeitrittsfrage reduziert werden. Betrachtet man das schweizerische Verhältnis zur EG in einem breiteren Kontext, so stellt man eine allgemeine Internationalisierungstendenz fest. In zunehmendem Masse werden heute typische Binnenbereiche von Entwicklungen des Auslandes beeinflusst. Herausgefordert ist deshalb nicht nur die schweizerische Innenpolitik, sondern vor allem auch die Fähigkeit der Schweiz, sich einen Platz in einer zusammenwachsenden Welt zu sichern.

Eine zentrale Schlussfolgerung, die sich für beide Bereiche ziehen lässt, ist die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit der Schweiz mit den westeuropäischen Staaten. Diese Forderung lässt sich allein schon durch die sektorspezifischen Entwicklungen begründen, sie ist jedoch durch die integrationspolitische Dynamik in Europa dringender geworden.

Eine Isolation der Schweiz ist weder denkbar noch wünschenswert. Da sie gleichzeitig drei Sprachräumen angehört und geographisch in verschiedene Regionen gegliedert ist, dürfen auch die zentrifugalen Kräfte bei einer langfristigen Betrachtungsweise nicht unterschätzt werden. Die notwendige und in allen Kulturbereichen anzustrebende Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft erfordert daher als parallele Massnahme auf nationaler Ebene einen bewussten Umgang mit unserer kulturellen Identität und auf internationaler Ebene eine verstärkte Präsenz der Schweiz im Ausland.

Das Anliegen, unsere politische und kulturelle Identität zu bewahren, darf also nicht zu einer Abkapselung führen. Verstärkte Einflüsse von aussen können unsere Eigenständigkeit in Frage stellen, gleichzeitig haben sie aber auch eine anregende Wirkung. Dazu kommt, dass die geographische Lage der Schweiz im Schnittpunkt von drei europäischen Kulturräumen und ihre enge Verbundenheit mit den gleichsprachigen Nachbarländern selbst ein prägendes Element der schweizerischen Identität sind.

Die Bereiche Kultur und Medien eignen sich zudem sehr gut für eine internationale Zusammenarbeit, bieten sie doch Gelegenheit, zum gegenseitigen Verständnis zwischen verschiedenen Staaten und damit zu einer Verbesserung ihrer Beziehungen beizutragen. Neben diesem integrierenden Aspekt enthalten die Bereiche Kultur und Medien jedoch auch ein Element der Selbstdarstellung.

Auch wenn es nur zu einer partiellen Abkapselung der Europäischen Gemeinschaft vom übrigen Westeuropa kommen würde, wäre die Schweiz stark betroffen. Zurzeit besteht eine solche Gefahr kaum. Vielmehr sind

die EG-Länder selber daran interessiert, Nicht-EG-Staaten — zumindest teilweise — an gewissen Aktivitäten in den Bereichen Kultur und Medien teilhaben zu lassen. Es könnte sich daher sogar als sinnvoll erweisen, gewisse Synergieeffekte, die sich zwischen diesen Bereichen einerseits und den Bereichen der Politik und der Wirtschaft anderseits ergeben, bewusster wahrzunehmen und zu fördern, um damit die integrierende Funktion besonders der Kultur stärker zu betonen und zu nutzen.

Zusammenarbeit setzt jedoch Reziprozität voraus. Die Schweiz kann nicht nur fordern, zur Teilnahme an EG-Programmen eingeladen zu werden, sondern sie muss ihrerseits auch zu einem Entgegenkommen und zu einer Öffnung bereit sein, um so zu einer Intensivierung des Austausches in allen Bereichen beitragen zu können. Die angestrebte Kooperation sollte so vielfältig wie möglich sein und darf sich nicht nur auf die EG konzentrieren, sondern muss den Europarat sowie verstärkt auch bilaterale Kooperationsformen mitumfassen.

Aus der Notwendigkeit zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit ergibt sich für die Schweiz ein gewisser Druck auf die inneren Strukturen. Will die Schweiz längerfristig ihre Eigenart behalten, wozu besonders auch der Föderalismus zählt, so hat man nach Wegen zu suchen, die unseren Handlungsspielraum auf internationaler Ebene erweitern. Verstärkte Anstrengungen zur internen Koordination erscheinen unerlässlich. Anders ausgedrückt, könnte man sagen, dass eine verstärkte Beteiligung der Schweiz am europäischen Integrationsprozess eine verstärkte interne Integration in der Schweiz voraussetzt, um den zentrifugalen Kräften zu begegnen.

Die Herausforderung, der die Schweiz durch die europäische Integration gegenübersteht, wird durch wirtschaftliche Faktoren mitgeprägt; letztlich ist sie aber vor allem politischer Art. Dieser Aspekt wurde in den bisherigen Diskussionen in der Öffentlichkeit nicht immer klar sichtbar. So entstand oft der Eindruck, die EG-Problematik werde auf eine Entscheidung zwischen Beitritt oder Nicht-Beitritt reduziert, wobei die Frage, welchen Preis die Schweiz allenfalls zu zahlen habe, im Vordergrund zu stehen schien.

Ein EG-Beitritt der Schweiz steht im Moment nicht zur Diskussion, aber auch eine Abgrenzung ist undenkbar. Deshalb geht es darum, nach Wegen zu suchen, die es uns ermöglichen, ausserhalb der EG aktiv an der Gestaltung Europas mitzuwirken. Dabei haben wir auch etwas einzubringen. Besonders im Kulturbereich hat die Schweiz Erfahrungen, die auch für die Europäische Gemeinschaft von Nutzen sein können. In unserem Land leben verschiedene Sprachgruppen, die unter sich einen regen kulturellen Austausch pflegen. Auch für den Aufbau unserer nationalen und regionalen Medien haben wir funktionierende Strukturen erarbeitet. Die

Schweiz hat eines der Ziele des europäischen Integrationsprozesses, die Einheit in der Vielfalt, welche die Europäische Union dereinst charakterisieren soll, bereits erreicht.

Eine politische Herausforderung, die sich gewissermassen als Nebeneffekt aus der Integrationsproblematik ergibt, ist die Tatsache, dass wir durch die Intensität unserer Auseinandersetzung mit den Beziehungen zu der EG andere grosse Dialogfelder aus den Augen verlieren könnten. Weder die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten und Organisationen (Europarat, EFTA), noch der Austausch zwischen Ost und West oder die Kontakte zu Staaten der Dritten Welt dürfen vernachlässigt werden. Die Haltung der Schweiz zur EG lässt sich nicht festlegen, wenn nicht gleichzeitig über die Stellung unseres Landes in Europa und in der Welt diskutiert wird.